

Luxemburg, den 4. März 2015

Resolution: Für das Wahlrecht ab 16

Commission Egalité des Chances, démocratie et solidarité

(Originaltext)

In Anbetracht des im Sommer stattfindenden Referendums wird das Volk u. a. zur Einführung des Wahlrechtes ab 16 befragt. Ein solches Wahlrecht existiert bereits seit 2007 in Österreich und seit 2012 in Argentinien, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Die Einführung eines solchen Wahlrechtes wirft natürlich eine Reihe von Fragen auf, vor allem ob die Jugendlichen genug über das politische Geschehen im Bilde sind, um ohne Einfluss von anderen Personen (z. B. Eltern) ihre Stimme abgeben zu können.

Für das Jugendparlament ist politische Bildung ein lebensbegleitender Prozess. Schon in der Grundschule sollen Kinder die Möglichkeit bekommen, sich politisch einzubringen, beispielsweise in Form eines Kindergemeinderates. Dieser soll von den politischen Verantwortlichen mit einbezogen werden bei Projekten, welche die Kinder direkt betreffen (z. B. der Bau eines Spielplatzes, einer Skatopiste).

Nachher, im Gymnasium, soll ein obligatorischer Bürgerkundeunterricht auf dem Programm stehen, spätestens ab 5ième/9ième. Das Jugendparlament fordert, dass auf die Qualität dieses Kurses Wert gelegt wird. Die LehrerInnen haben unserer Meinung nach das Recht, ihre eigene Meinung zu etwaigen politischen Themen auszudrücken unter den Bedingungen, dass sie klar sagen, dass eine gegebene Stellungnahme ihre eigene ist, und dass sie auch andere Meinungen erwähnen und erklären. Allerdings müssen die LehrerInnen die Meinung der SchülerInnen respektieren und sie sollten nicht versuchen, ihre Meinung den SchülerInnen aufzuzwingen. Oft wird ja gefordert, dass die LehrerInnen neutral sein müssen, was in unseren Augen nicht möglich ist, schließlich hat jeder eine persönliche Meinung.

Das Jugendparlament ist auch der Ansicht, dass die Jugendlichen genug über die verschiedenen Parteien und deren politische Ansichten Bescheid wissen müssen. Daher fordern wir die Parteien auf, Positionspapiere zu veröffentlichen, die spezifisch an die Jugendlichen gerichtet sind und Themen behandeln, die diese betreffen (z. B. Bildung, Studienbeihilfen). In den Schulen sollen regelmäßig Rundtischgespräche organisiert werden, bei denen VertreterInnen sämtlicher Parteien zu Wort kommen dürfen.

Wir fordern auch, dass der Kontakt zwischen den verschiedenen Medienorganen und der Schule intensiviert wird. Für uns sollen Kinder schon in der Grundschule mit den Medien in Kontakt kommen. Derartige Kontakte sollen im Lyzeum fortgesetzt werden. Dabei sollen Besuche der verschiedenen Redaktionen der Zeitungen und Magazine bzw. der Räume von Fernseh- und

Radiosendern auf dem Programm stehen und Projekte, die den jungen Leuten die Möglichkeit geben, einen Artikel zu schreiben oder eine Fernsehreportage zu machen.

Wir finden, dass man sich den ganzen bürokratischen Aufwand betreffend der Einschreibung in die Wahlliste sparen kann. Alle Jugendlichen ab 16 sollen also automatisch in die Wahlliste eingeschrieben sein.

Aus den oben genannten Gründen stehen wir einem Wahlrecht ab 16 positiv gegenüber und daher hoffen wir auf ein positives Resultat dieser Referendumsfrage. Die wirkliche Einführung des Wahlrechts ab 16 sollte aber nur effektiv stattfinden nachdem die oben genannten Ideen und Reformen eingeführt worden sind und die ersten Effekte gezeigt haben, damit die neue junge Wähler auch ein Mehrwert für die Wahlbevölkerung und die Politik Luxemburgs sein können.